

tuell faul“ und allenfalls „intuitiv scharfsinnig“ – was immer das heißen mag.

Illusionen über Reagans intellektuelle Kapazität allerdings haben weder der Präsident noch seine Berater sich je gemacht – schon immer war er vor allem das Verkaufsgenie. Und dem tut auch die Tatsache, daß er heute schon der älteste Präsident ist, der je die USA regierte, keinen Abbruch; gelegentliche Nickerchen, etwa während der Audienz beim Papst im Vatikan, seien nicht etwa Alterserscheinungen. Reagan, so wissen Mitarbeiter, ist schon vor 20 Jahren bei Konferenzen zuweilen sanft entschlummert; und ein verkrümmter vierter Finger der rechten Hand ist nicht etwa auf Alters-Arthritis, sondern die erbliche Dupuytren-Kontraktur, eine Versteifung und Schrumpfung der Sehne, zurückzuführen.

Wenn sich das Alter bemerkbar macht, dann auch darin, daß er wichtige Ereignisse in einem Tagebuch festhält, weil das Erinnerungsvermögen nachgelassen hat, oder den Staatsbesucher Doe aus Liberia mit „Chairman Moe“ wie Mao anredet, der schon längst im Mausoleum liegt.

Indes – der Mann, der im Weißen Haus und in Kalifornien (wo er in den ersten 36 Monaten seiner Amtszeit 20mal war) mehrere Krisen buchstäblich verschlafen hat – ist immer noch aufgeweckt genug, um auch die nächsten fünf Jahre im Weißen Haus zu nutzen: Vor ihm liegt die ungewöhnliche Gelegenheit, den Rechtsrutsch der Nation in den Institutionen Amerikas auf Jahre hinaus festzuschreiben: Wird er im November 1984 wiedergewählt, kann er das Oberste Bundesgericht vollends nach konservativen Gesichtspunkten personell ausstatten (der Präsident beruft die höchsten Richter). Die Streitkräfte werden dann ihr Vietnam-Syndrom vollends abwerfen können, und vielleicht gelingt es Reagan sogar, sein Herzensanliegen zu erfüllen – die Wiedereinführung des Schulgebotes in ganz Amerika.

DRITTE WELT

Tödliche Therapie

Haushaltssanierungen, vom Internationalen Währungsfonds in Washington verordnet, lösen Hungeraufstände in der Dritten Welt aus.

Allah erhörte die öffentlichen Gebete Ader Marokkaner Ende November. Nach dreijähriger Dürre schickte er lebensspendenden Regen. Stauseen füllten sich, Brunnen gaben wieder Wasser. In der für ihre Fruchtbarkeit gerühmten, nun aber eher wüstengleichen Schuwei-ga-Ebene sproß das Grün wie ehemals.

Nur zwei Monate später erschütterten Hungeraufstände das nordafrikanische Reich des Königs Hassan. In zahlreichen Städten brachen Streiks aus, Menschen fluteten in die Straßen, demolierten Ge-



Tunesien-Präsident Burgiba, Marokko-König Hassan*: „Strafe für Aufwiegler“



Unruhen in Marokko*: „Prachtvolle Arbeit des Königs“

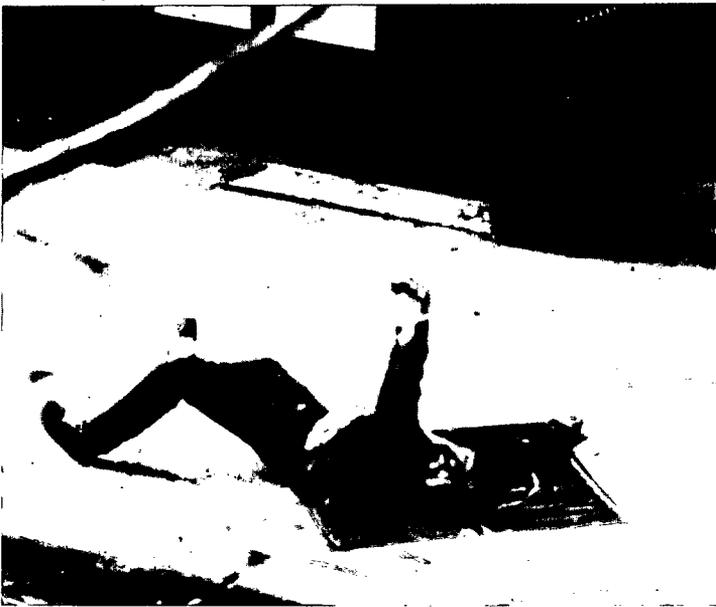
schäfte, steckten Autos in Brand. Jugendliche attackierten Armeeeinheiten mit Steinen. Das Militär schlug zurück, als wären fremde Völker in das Land eingefallen. Über 100 Zivilisten fielen im Kugelhagel. Die Sozialrebellion brach innerhalb von Tagen zusammen.

„Das war eine Verschwörung von Marxisten, Zionisten und Anhängern des Ajatollah Chomeini“, zürnte Hassan im Staatsfernsehen. In Marrakesch, einem Zentrum der Unruhen, baten Honoratioren namens der Bevölkerung den

König untertänigst um Verzeihung und forderten „strengste Bestrafung der Aufwiegler“. Der Monarch aber wollte auch die „verführten“ Landeskinder treffen: „Hinsichtlich . . . Marrakesch“, so Hassan, „hatten wir erwogen, uns in dieser Stadt zur Ruhe zu begeben, jetzt aber legen wir keinen Wert mehr darauf.“

Das Volk offensichtlich auch nicht mehr. Denn lange schon ist eine Kluft aufgebrochen zwischen dem Herrscher, der sich zu den direkten Nachkommen des Propheten zählt, und seinen Untertanen, die – in den Städten jedenfalls – im Industriezeitalter leben. In der Feudalwelt seiner Paläste versteht der Monarch das Volk nicht: Es wollte vorletzte Wo-

* Oben: bei Burgibas Ankunft in Casablanca zur Islamischen Gipfelkonferenz am 15. Januar; unten: Panzer im Einsatz in der Stadt Nador.



Tod eines Demonstranten durch Polizeikugeln während des Aufstands in Tunis: „Heilmittel, die noch schlimmer als die Krankheit sind“

che bei den Unruhen weder einem Linksregime an die Macht verhelfen, noch rechtsreligiösen Fundamentalisten, sondern es forderte einfach Brot. Es hungerte.

Millionen Marokkaner sahen ihre Existenz bedroht, weil die Regierung eine erneute Erhöhung der Preise für Nahrungsmittel und Benzin angekündigt hatte. Erst im August waren Mehl um 35 Prozent, Speiseöl um 30 Prozent, Zucker um 18 Prozent teurer geworden.

Mit den Maßnahmen wollte der Staat seine negative Zahlungsbilanz sanieren. Vielen Staatsbürgern aber waren die weiteren Preiserhöhungen einfach nicht mehr zuzumuten: Ein Drittel der Erwerbsfähigen unter den 22 Millionen Marokkanern sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. 45 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Die Löhne sind seit zwei Jahren eingefroren, die Preise jedoch um 100 Prozent gestiegen. Hassans Reich ist im Ausland mit fast zwölf Milliarden Dollar verschuldet.

Eine Million Dollar am Tag verschlingt allein Hassans seit 1975 andauernder Krieg um die ehemalige Spanische Sahara – für Waffen und militärische Unsinnprojekte, wie einen 600 Kilometer langen Sandwall mit elektrischen Anlagen zur Grenze von Algerien und Mauretanien (Königsberater Ahmed Ben Saudah zum SPIEGEL: „Gewaltiger als die Maginot-Linie“).

Marokkos Hauptübel aber sind jene sozialwirtschaftlichen Strukturprobleme, die fast alle Länder der Dritten Welt quälen: Die Landwirtschaft ist so verkommen, daß Grundnahrungsmittel importiert werden müssen (80 Prozent des Speiseöls, 50 Prozent der Milchprodukte, 30 Prozent des Getreides). Landflucht und Bevölkerungswachstum erzeugen Slumstädte, in denen nur die wenigsten einen festen Job finden. Eine aufgeblähte Bürokratie ist korrupt. Geld wird für Prestigeprojekte verschleudert,

wie das 50-Millionen-Dollar-Konferenzgebäude für das islamische Gipfeltreffen in Casablanca.

„Die Menschen sollten froh sein, daß der König solche Bauten errichtet“, verteidigt ein hoher Beamter seine Majestät. Sie würden Hunderten Arbeit verschaffen. „Kommende Generationen“, so der Beamte, „werden auf die prachtvolle Arbeit des Königs stolz sein.“

Vielleicht. Die gegenwärtige Generation aber rebellierte gegen die Preispolitik des großen Bauherrn. Ihr Brot-Aufstand in Marokko hat freilich schon viele Vorgänger. Er gehört in die lange Reihe von Unruhen, die im englischen Fachjargon „IMF-riots“ genannt werden, „IWF-Aufstände“: Volkserhebungen, die immer dann in Entwicklungsländern ausbrechen, wenn die rigiden, mit Krediten verknüpften Stabilisierungsprogramme des Internationalen Währungsfonds erstmals greifen (IWF; englisch: IMF = International Monetary Fund).

König Hassans Preiserhöhungen waren vom IWF empfohlen worden – als Teil einer Sparpolitik zum Abbau des Defizites im Staatshaushalt. Und IWF-Empfehlungen haben politisches Gewicht: Das Sparprogramm ist eine von IWF-Beamten gesetzte Grundbedingung des Fonds für einen Notkredit an Marokko in Höhe von 315 Millionen Dollar.

Auf IWF-Kredite sind viele Entwicklungsländer angewiesen. Als Schuldner müssen die Regierungen – wenn sie ihre Kreditwürdigkeit nicht verlieren wollen – Auflagen des Fonds erfüllen: eine Abwertung ihrer Währung, Kürzungen der Staatsausgaben, höhere Steuern und niedrigere Reallöhne. Für die Bevölkerung bedeutet das: Importwaren werden teurer, von der Regierung bislang heruntersubventionierte Preise (etwa für Grundnahrungsmittel) werden angehoben, die Arbeitnehmer verdienen gleichzeitig weniger Geld.

Wenige bestreiten, daß das IWF-Konzept ökonomischen Sinn macht. Es könnte zum Beispiel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern führen. Doch allenthalben ziehen die politischen Herrscher der Dritten Welt die Industrieförderung der Landwirtschaft vor.

Der politische Grund liegt auf der Hand: Die städtischen Sozialgruppen sind besser organisiert als die Landbewohner. Rechte wie linke Machthaber müssen deshalb zuerst die Städter durch Industriesubventionen zufriedenstellen, um sich im Sattel zu halten. So fließt denn in vielen Staaten der Dritten Welt nicht einmal ein Fünftel der Investitionen aufs Land, sind landwirtschaftliche Einkommen oft nicht einmal halb so groß wie industrielle, werden niedrige Nahrungsmittelpreise auf Kosten minimaler landwirtschaftlicher Einkommen erreicht. Zum Verfall der eigenen Nahrungsmittelproduktion tragen auch noch billige Importe und Lebensmittelschenkungen seitens der Industriestaaten bei (in Nigeria wechselten Millionen von einheimischen Yamswurzeln zum eingeführten Weizen). Im gleichen Maße, wie die Verdienstmöglichkeiten auf dem Land schwinden, schwillt der Strom in die Städte.

Wenn der Währungsfonds eingreift, können die Bauern gewinnen. Für sie entsteht durch die Freigabe vom Staat niedrig gehaltener Produzentenpreise ein Anreiz zur Marktproduktion. Dagegen sinkt der Lebensstandard der sogenannten „städtischen Marginalisierten“, ehemals „Lumpenproletariat“ genannt, und der Arbeiter und abhängig beschäftigten Mittelschichten.

Sie vor allem trifft der Abbau öffentlicher Dienstleistungen, die der IWF durch den Abbau des Budgetdefizits erzwingt. In Jamaika zum Beispiel wurde ein Ausbildungsprogramm für Jugendliche infolge von IWF-Sparmaßnahmen



und revolutionäre Bedingungen schaffen“

men auf ein Fünftel zusammengestrichen, Krankenhäuser mußten schließen.

In Entwicklungsländern mangelt es an Wirtschaftssektoren, welche die ökonomische Leistungskraft des Staates ersetzen können. So „ist die Therapie des IWF, Effizienz schlicht durch einen Abbau von Staat erreichen zu wollen, in der Wirkung oft katastrophal“, meint der Hamburger Politik-Professor Rainer Tetzlaff.

Der Währungsfonds-Spezialist beobachtete, daß Verhandlungen mit Experten des IWF für Politiker der Dritten Welt zu den „unangenehmsten Prozeduren“ gehören. „In der Hierarchie der internationalen Demütigungen steht dieser Canossagang nach Washington (wo der IWF seinen Hauptsitz hat) obenan.“

Auch der amerikanische Ex-Außenminister Henry Kissinger empfand die IWF-Bedingungen wie „Heilmittel, die noch schlimmer als die Krankheit sind“; denn sie könnten „Instabilität und revolutionäre Bedingungen schaffen“. Das geschieht vor allem, wenn Nahrungsmittelsubventionen gestrichen werden. Beispiele:

- ▷ Im Januar 1977 sah sich die Sadat-Regierung in Ägypten nach Protesten auf den Straßen gezwungen, vom Währungsfonds verordnete Subventionskürzungen für Mehl, Zucker und Tabak zurückzunehmen. Bilanz der „IMF-riots“: 79 Tote.
- ▷ Im April 1979 erschöß die Polizei in Liberia 30 Menschen, nachdem Preiserhöhungen für Reis Demonstrationen ausgelöst hatten.
- ▷ Im Sudan wurden Anfang 1982 Umzüge gegen die Anhebung der Zuckerpreise blutig niedergeschlagen. Mindestens 26 Tote.
- ▷ Im Oktober 1982 und erneut im März 1983 kam es in Ecuador zum Gene-

ralstreik gegen die vom IWF verordnete Erhöhung der Brot- und Benzinpreise. Es gab Tote und Verletzte.

- ▷ Zu Silvester 1983 protestierten Tausende Tunesier gegen die vom IWF angeregten Sparmaßnahmen der Regierung (Erhöhung der Preise für Brot und andere Nahrungsmittel um 100 Prozent). Im folgenden „Brot-Krieg“ starben mindestens 112 Menschen. Präsident Burgiba beendete den Aufstand, indem er die Preiserhöhungen zurücknahm.

Marokkos König Hassan folgte schließlich dem Beispiel des Tunesiers. Sein Land hatte schon früher einmal einen blutigen Konflikt erlebt: 1981 waren in Casablanca Arbeiter gegen vom IWF angeregte Subventionseinsparungen für Nahrungsmittel in den Streik getreten. Die Bilanz damals: über 600 Tote und Preiserhöhungen um 30 Prozent statt vorgesehener 60 Prozent.

Der Kampf ums Brot in Marokko kostete diesmal weniger.

SOWJET-UNION

Durchs Schlüsselloch

Andropow meldete sich wieder: Offensichtlich will er die Wiener Abrüstungs-Verhandlungen fortsetzen und sogar die neun neuen Raketen der Nato hinnehmen.

Drei Stunden nur wollte sich Sowjet-Außenminister Gromyko mit seinem US-Kollegen Shultz am Rande der KVAE-Konferenz in Stockholm unterhalten und als er am vorletzten Mittwoch drei Stunden mit ihm zusammensaß, meldete die Sowjet-Agentur Tass plan-

mäßig, nichts sei dabei herausgekommen. Das war voreilig.

Denn Gromyko blieb am Tisch der Sowjetbotschaft sitzen – die Tass-Meldung lief derweil über die Fernschreiber – und redete noch 130 Minuten mit jenem US-Politiker, dem er am Tage zuvor öffentlich eine kriminelle Außenpolitik vorgeworfen hatte.

Das Resultat beschrieben hernach beide Gesprächs-Partner so pessimistisch wie vorher schon Tass. Beamte des bundesdeutschen Zweckoptimisten Genscher vermuten, in Wahrheit hätten die beiden durchaus Ergebnisse erzielt, aber strengste Geheimhaltung vereinbart – der eine, Gromyko, um seine Haftiraden nicht dementieren zu müssen, der andere, Shultz, um den diplomatischen Fortschritt nicht zu gefährden. Die Bonner können recht haben.

Gromyko, politischer Geheimniskrämer traditionell zugeneigt, braucht den Mantel des Schweigens über seinen Winkelzügen schon deshalb, weil er es vorzieht, auch seine zwölf Politbüro-Kollegen in Moskau im Ungewissen zu lassen.

Das Politbüro wiederum benötigt die Propagandathesen, der neue kalte Krieg steigere sich immerfort, um nach seinem Abbruch aller Verhandlungen über Abrüstung das Gesicht zu wahren. Zudem ist es Kreml-Brauch, ein eisiges Verhältnis zum Westen zu behaupten, um dem Sowjetvolk eine Begründung dafür zu bieten, daß es mit Frieden und Wohlstand nicht vorangeht.

Freilich deutete die „Prawda“ vorige Woche auch Unzulänglichkeiten der UdSSR im Rüstungswettlauf an: Die Vorschläge der Nato-Staaten auf der Stockholmer Konferenz seien untaug-

* Am 18. Januar in der Stockholmer Sowjetbotschaft.



Außenminister Gromyko (2. v. l.), Shultz (2. v. r.): Fünf Jahre Sprachlosigkeit?